

(Vizepräsident Lipinski.)

A) Neuregelung des Schul- und Kirchenwesens, die Entscheidung, ob konfessionelle oder Simultanschule, in der Hand örtlicher Schulgemeinden bleiben soll, und diesem Vorschlag hat das preußische Ministerium zugestimmt.

Damit komme ich kurz zur Kirche, und hier kann ich mich der Erklärung der Regierung anschließen, daß die Religionsübung als freie Ausübung bestehen bleiben und als eine Privatangelegenheit gelten soll. Die Deklaration des Parteiprogrammes: Erklärung der Religion zur Privatsache bekundet ja, daß die Kirche keine staatliche, sondern eine private Angelegenheit sein muß. Wir gehen aber weiter, wir verlangen die Konfiskation der Güter der „Toten Hand“, die heute der Kirche als Sinekuren belassen worden sind.

Meine Herren! Die persönliche Freiheit, die die bürgerliche Demokratie erreichen kann, genügt uns nicht. Wir verlangen, daß auch die ökonomische Freiheit sichergestellt wird. Wir verlangen deshalb die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Warenaustausches. Hier hat wiederum der Herr Minister Dr. Gradnauer einen außerordentlich gegensätzlichen Standpunkt eingenommen. In seiner Rede sagt er:

Auch muß bei der Durchführung der Sozialisierung die Gefahr einer Bureautisierung und Lähmung der wirtschaftlichen Initiative künftig vermieden werden.

B) Will er eine wirtschaftliche Initiative erreichen, so sagt er damit, daß die privatkapitalistische Produktion bestehen bleiben soll. Wie könnten wir da sozialisieren! Ich bin der Meinung, daß unser Wirtschaftsleben so zusammengebrochen ist, daß die uns zur Verfügung stehenden Rohstoffe zu wenig sind, daß wir alles daran setzen müssen, um die Produktion ökonomisch richtiger zu gestalten, daß wir also nicht wieder neue Existenzen schaffen müssen, sondern daß wir die vorhandene Produktion zusammenfassen, die lebensfähigsten Betriebe vereinigen müssen, um damit die gesellschaftliche Produktion anzubahnen, um das Notwendige, was das Volk braucht, zu schaffen. Und da sage ich, es genügt nicht, daß wir einzelne Betriebe sozialisieren, sondern wir müssen die ganze Industrie vergesellschaftlichen.

Die Methode, die in Weimar eingeschlagen worden ist, möchte ich in Sachsen nicht betrieben wissen. Ich war gerade in Berlin, als die Nationalversammlung sich mit der Frage der Sozialisierung befaßte und durch die Streiks der Arbeiter gedrängt wurde, sich der Sozialisierungsfrage zu nähern. An einem Tage waren in Berlin große Plakate angeschlagen mit einem gräßlichen Unier, das alles Leben vernichtet, und darüber war „Bolschewismus“ geschrieben. Zwei Tage darauf wurden die Plakate überklebt mit schwarz-weiß-rot um-

ränderten Plakaten: „Die Sozialisierung marschiert“, (C) zwei Tage später „Die Sozialisierung ist da“.

(Zuruf links: Das kommt aber sehr schnell!)

Meine Herren! Solche Schnellbefehlungsarbeit möchte ich nicht mitmachen. Ich verstehe unter Vergesellschaften die ernste Prüfung und Handlung für die Überführung der kapitalistischen Einzelproduktion in die Gemeinwirtschaft. Jede Unklarheit auf diesem Gebiete ist vom Übel. Wir können also nicht die Initiative den Privatkapitalisten überlassen, sondern wir müssen das Trümmerfeld mühselig abräumen und gesellschaftlich aufbauen. Wir sind gezwungen, bei diesem Aufbau alle Kräfte zusammenzufassen, sie aber gesellschaftlich zu organisieren.

Nun ist die Frage aufgeworfen worden: Ja, wenn wir die Initiative der Kapitalisten nicht haben, dann ersticken wir ja jede Individualität! Meine Herren! Auch das ist falsch, denn die Initiative ist bloß das Endergebnis eines gesellschaftlichen Prozesses. Unsere Schulen, unsere Fachbildung, unsere Überlieferung, die gemeinsame Arbeit hat erst den Boden geschaffen, auf dem sich die Initiative des einzelnen entwickeln kann. Ich meine auch, es ist notwendig, jetzt zu sozialisieren, weil wir im wesentlichen vom Auslandskapital völlig unabhängig sind.

Wir werden uns auch den Luxus nicht gestatten können, einen großen Ausfuhrhandel wieder ins Leben (D) zu rufen, denn der Ausfuhrhandel, den wir in Deutschland vor dem Kriege hatten, der über 21 Milliarden Mark betrug, beruhte darauf, daß wir vom Auslande Rohstoffe und Nahrungsmittel erhielten und daß wir Fertigfabrikate ausführten. Aber, meine Herren, können wir unter derselben Voraussetzung jetzt arbeiten? Haben wir so viel Rohstoffe, um Fertigfabrikate herzustellen, um sie gegen Lebensmittel mit dem Auslande auszutauschen? Die haben wir nicht. Gold, um Waren im Ausland zu bezahlen, haben wir ebenfalls nicht. Die zwei Milliarden Mark Gold, die in der Reichskasse liegen, bedeuten doch eine Kleinigkeit gegenüber dem Niesenbedarf, den wir haben. Wir werden also die vorhandenen Waren, die wir in Deutschland noch erzeugen können, Kohlen, Kali, die wir nicht selbst verbrauchen, austauschen müssen gegen das Notwendigste. Das sind zunächst Lebensmittel; dann sind es aber auch die Rohstoffe, die uns fehlen. Wir werden also auf alle anderen Artikel verzichten müssen, wir werden auf allen Luxuswarenaustausch verzichten müssen, weil wir häuslicher die neue Produktion aufbauen müssen. Wir müssen notwendige, gesellschaftliche Arbeit leisten und jede überflüssige Arbeit vermeiden. Deshalb können wir diese Arbeit nicht den einzelnen überlassen, sondern wir müssen gerade